

Schneider-Zeitung

Organ

des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon B 1547.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.,
Palmstraße 14.

Bestellungen für direkte Zusendung,
Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle
zu richten.

Redaktionschluss:

Montag-Mittag.

Erscheint alle 14 Tage Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
ohne Bestellgeld.

Abonnements-Bestellungen nimmt jede
Postanstalt entgegen.

Bei Zusendung unter Kreuzband 1.90 M.
Verbandsmitglieder erhalten das Organ
gratis.

Nr. 22.

Köln, den 2. November 1912.

9. Jahrgang.

Inhalt: Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften. — Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistlichen Strömungen der Gegenwart. — Verbandsnachrichten. — Aus den Abteilungen: Danzig, Marienwerder. — Rundschau: Soziale Versicherung. — Die Entwicklung der Kirch-Dunderschen Gewerksvereine. — Soziale Wahlen. — Literarisches. — Adressenänderungen. — Inserate.

Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften.

Was der ansprechende Verlauf des Begrüßungsabends versprochen hat, das haben die kommenden Tage in vollem Umfange erfüllt, ja übertroffen. Nach der übereinstimmenden Auffassung aller Besucher der bisherigen christlichen Gewerkschaftskongresse hat die heutige Veranstaltung alle anderen an innerem Gehalt und imponierender Wirkung nach außen weit übertroffen. Es ist ganz gewiß ein erfreuliches Zeichen, daß nach jedem Kongreß ein Gleiches konstatiert werden durfte. Das beweist, wie sehr es auf der ganzen Linie vorwärts geht in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Selbst die sozialdemokratische Presse muß dies nach der Dresdener Tagung indirekt zugestehen. Ihre geheime Hoffnung, daß Dresden auch für uns ein lieblich duftender „Jungbrunnen“ werden könnte, hat sie grimmig enttäuscht. Geschlossener denn je stehen wir an der breiten Öffentlichkeit. Noch mehr: Dresden hat bewiesen, daß die christlichen Gewerkschaften durch ihre sichtliche Gegenwartarbeit auch bedeutende Fortschritte in der tatsächlichen Eingliederung des „vierten Standes“ in die soziale Ordnung erzielt haben. Die scharfe Ablehnung des Klassenkampfes und der revolutionären Phrase durch die christlichen Arbeiter hat für die Lösung des nationalen Kulturproblems, welches die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung dem jungen Jahrhundert stellte, eine brauchbare Formel geschaffen. Diese erfreuliche Tatsache wird bewiesen durch die Aufmerksamkeit, welche die

Reichsregierung

dem 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften entgegenbrachte.

Im Namen des Reichskanzlers begrüßte Geheimrat Siffart den Kongreß mit einigen kurzen, aber inhaltsreichen Sätzen. Er führte aus:

„Die Entsendung eines Vertreters zu Ihrem Kongreß mag Ihnen ein Beweis sein, welche lebhaften Anteil die Reichsregierung an Ihren Beratungen nimmt. Sie will mit der Arbeiterschaft dauernde Fühlung unterhalten, um sich hierdurch unmittelbar über die Bedürfnisse und Bestrebungen der Arbeiter fortgesetzt zu unterrichten. Daß in Ihren Gewerkschaften die beiden Konfessionen Hand in Hand miteinander gehen, kann Ihren Bestrebungen nur förderlich sein und erscheint geeignet, innerhalb der Arbeiterschaft einen verbindenden Einfluß auszuüben. Mögen Ihre Verhandlungen vom Geiste der Gesehmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit, der Vaterlandsliebe und des Christentums getragen sein, dann werden sie zu einer geistlichen Weiterentwicklung Ihrer Bestrebungen beitragen und den Arbeitern zum Heile gereichen. In diesem Sinne wünscht die Reichsregierung Ihren Arbeiten besten Erfolg.“

Die königlich sächsische Regierung

ließ durch Geheimen Rat Schlippe zum Ausdruck bringen:

„Danke der gesunden Grundzüge, die Sie zur Richtschnur Ihres Handelns gemacht haben, haben Sie sich immer weitere Kreise erobert. Daß aus dieser Entwicklung auch reicher Segen für die Arbeiterschaft erwachsen möge, das ist der lebhafteste Wunsch des sächsischen Ministerium des Innern.“

Die berufenen Wortführer der

christlichen Konfessionen

haben ebenfalls herzliche Sympathieäußerungen in ihren Begrüßungsansprachen zum Ausdruck gebracht. Für das evangelisch-lutherische Landeskonsistorium sprach Geh. Rat Hr. v. Weid. Besondere Beachtung verdienen die Äußerungen des Dresdener Bischofs Dr. Schaefer wegen des rüchhaltigen Bekenntnisses zu den Grundzügen der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der hochwürdigste Herr führte aus:

„Es ist für den Bischof eine besondere Freude, die Generalversammlung der christlichen Gewerkschaften begrüßen zu dürfen und es sei ihm verziehen, daß er einen persönlichen Grund für diese Freude an die Spitze stellt. Er hat den Vorzug gehabt, als er noch im akademischen Lehramt in Münster stand, bei den ersten Beipredungen über die Gründung der christlichen Gewerkschaften zugegen sein zu können. Es wurden damals — es war im Jahre 1892 — gelegentlich des ersten christlich-sozialen Kurstus in M.-Gladbach die Grundgedanken festgelegt. Sie sollten gegenüber denjenigen, die da glaubten, ohne den Umkreis nicht fertig werden zu können, zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen ein Machtfaktor werden, und man sagte sich: das wird nur möglich sein dadurch, daß alle, die an dieser Aufgabe mitarbeiten wollen, sich die Hand reichen, ohne deswegen irgend etwas preiszugeben von ihrer religiösen Ueberzeugung oder irgendetwas sich einem sogenannten verwaschenen Christentum zu verschreiben. So haben sich nun die christlichen Gewerkschaften herausgebildet in einer Weise, daß ich sie — und damit komme ich zum sachlichen Grunde — auf das herzlichste aus meinerseits willkommen heißen kann. Denn es hat sich herausgestellt, daß ein einheitliches Zusammenwirken sehr wohl möglich ist, wenn man nur ohne gegenseitigen Argwohn mit wahrer Liebe, also der Tugend, ohne die es eine Harmonie in der Gesellschaft nun einmal nicht geben kann, zusammenarbeitet. Und so heiße ich Sie denn alle, insbesondere meine lieben katholischen Brüder, auf das herzlichste willkommen und wünsche Ihnen für Ihre weiteren Beratungen Gottes reichsten Segen.“

Es braucht gar nicht gesagt zu werden, daß der Kongreß diese Ausführungen mit jubelndem Beifall quittiert hat.

Natürlich hat auch die Stadt Dresden ihren Willkommgruß entbieten lassen.

Interessant ist die Beteiligung der politischen Parteien

an der Dresdener Tagung. Für das Zentrum sprach Reichstagsabgeord. Becker-Asnberg, für die deutsch-konservative Partei Reichstagsabgeord. Graf Carmer, für die national-liberale Landtagsfraktion Landgerichtsdir. Kettner, für den Zentralausschuß der national-liberalen Partei Kammerpräsident Dr. Vogel. Alle Redner erkannten die Wichtigkeit des Programmes der christlichen Gewerkschaftsbewegung rückhaltlos an. Diese Tatsache beweist wieder, welche großen Einfluß sich unsere Bewegung im öffentlichen Leben bereits zu sichern wußte.

Der Volksverein für das katholische Deutschland ließ durch Dr. Brauns, der Verband westdeutscher katholischer Arbeitervereine durch Abg. Wiesbert die durch reiche Tatsachen so oft bewiesene Sympathie dieser machtvollen Organisationen für die christlichen Gewerkschaften ausdrücken.

Das äußere Bild des Kongresses ist in großen Strichen vollständig dargestellt, wenn wir erwähnen, daß 212 Delegierte aus allen Gauen des deutschen Reiches anwesend waren. Unser Verband war vertreten durch die Kollegen Schwarzmann-Köln und Nolte-Breslau. In formeller Beziehung standen Referate und Debatten auf einer bisher nicht erreichten Höhe. Die Führer der christlichen Gewerkschaften haben in Dresden der Öffentlichkeit bewiesen, daß einfache Arbeiter zu Renten heranwachsen können, welche für die weitesten Kreise in der Vertretung berechtigter Interessen vorbildlich sein müssen. Wir

heben diesen Umstand hervor, weil er ein wichtiges Moment in der Gesamteinschätzung der christlichen Gewerkschaftsbewegung darstellt und ganz bestimmt dazu beigetragen hat, der Bewegung die heutige Stokkraft zu sichern.

Geleitet wurde der Kongreß von den Reichstagsabgeordneten Schiffer und Behrens. Als Schriftführer wurden berufen: Hildebrand-Berlin (Anarbeiter) und R. Gwerling-Münden (Eisenbahner), als Beisitzer Frau Hochprung-Berlin (Heimarbeiterinnen), W. Hannemann-Dresden (Gasthofangestellte), J. Bachmann-Jena (Hilfsarbeiter), P. Pirtsiefer-Essen (Metallarbeiter).

Der erste Punkt der Tagesordnung lautete:

„Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes.“

Als Referent fungierte Generalsekretär A. Siegerwald-Köln, der ungefähr folgendes ausführte.

Die Periode zwischen dem Kölner Kongreß der christlichen Gewerkschaften 1909 und der heutigen Tagung ist für die deutsche Arbeiterbewegung außerordentlich inhaltsreich. An Stelle der ehemaligen wirtschaftlichen Niedergangsperioden ist inzwischen wieder normaler Geschäftsgang getreten. Die christlichen Gewerkschaften haben in der Verichtszeit ihren Mitgliederstand um etwa 90000 vermehrt und noch eine bedeutsame innere Kräftigung erfahren. In den anormalen Teuerungperioden der letzten Jahre sind die Gewerkschaftsmitglieder vielfach an ihre Verbände herangetreten mit der Forderung: verschafft uns höhere Einnahmen. Das ging indes nicht so einfach, weil sich die Teuerung auf alle Arbeiter erstreckte. Das Problem der Lebensmittelversorgung der deutschen industriellen Bevölkerung ist ein außerordentlich ernstes. Es kann nicht mit Schlagworten und parteipolitischer Verheißung gelöst werden, worin ein Teil der Landwirtschafts- und Sozialdemokratie gleichmäßig sündigen. Zur Lösung sind vielmehr sehr ernste Untersuchungen durch sachverständige Kreise notwendig. Auf dem Gebiete der Sozial-Gewerkschaft ist die Verichtsperiode ergebnisreicher gewesen als die früheren Jahre. Bei der Reichsversicherungsordnung hat die Sozialdemokratie Forderungen gestellt, die nicht verwirklicht werden konnten. Darnach wären allein jährlich drei Milliarden Mark notwendig gewesen für Zwecke der Arbeiterversicherung, wozu in kurzer Zeit noch jährlich eine Milliarde gekommen wäre für Zwecke der Privatangehörigen-Versicherung, Pensionen für Beamte, der Militärs u. Daß die deutsche Volkswirtschaft keine 4 Milliarden Mark jährliche Belastung für Versicherungs- und Pensionszwecke ertragen kann, sei für jene, denen die Verwidelungen der deutschen Volkswirtschaft mit der Volkswirtschaft bekannt sei eine Selbstverständlichkeit. Die schönsten Versicherungsgesetze helfen schließlich dem Arbeiter nichts, wenn die Vorbedingungen für ausreichende und einigermäßen lohnende Arbeitsgelegenheit fehlen. Wenn die christlichen Arbeiterabgeordneten einer Verringerung des Sozialverwehrens in den Krankenkassen zugestimmt hätten, so habe sich dies die Sozialdemokratie letzten Endes selbst zuguschreiben. Durch ihre Terrorwirtschaft in den Tarifbewegungen, auf dem Gebiete des Arbeitsnachwehrens u. hätte die Sozialdemokratie in der christlichen Arbeiterschaft eine außerordentlich erbitterte Stimmung ausgelöst. Da Sozialdemokratie die Macht hätte, gehe ihnen jede Mühseligkeit, jedwede staatsmännische Mühseligkeit ab. Das Verhältnis der christlichen Gewerkschaften zu den Kirch-Dunders habe sich in den letzten Jahren gebessert, jenes zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften bedeuten verschärft. Die Sozialdemokratie sagte von den christlichen Gewerkschaften, sie hätten eine Schwankung nach rechts gemacht und schreiben dieses Verfalls Einflüssen zu. In Wirklichkeit habe die Sozialdemokratie die Vorgänge im christlichen Gewerkschaftslager selbst verschuldet. Durch ihren unausgesetzten Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften seien diese viel mehr wie früher gezwungen worden, in den letzten Jahren sich mit allgemein staatsbürgerlichen Fragen zu beschäftigen, und den volks- und weltwirtschaftlichen Zusammenhängen intensiver nachzugehen. Dabei habe sich dann immer klarer die Tatsache herausgestellt, daß, weil die Sozialdemokratie eine ganz andere Staats- und Wirtschaftsordnung erstrebt, die christliche Arbeiterbewegung dagegen sich resolut auf den Boden der gegenwärtigen

Verhältnisse stelle, diese auf den Gesamtzusammenhang der Dinge in einer anderen Perspektive betrachten und die Arbeiterklasse mit ihren Forderungen in die staatliche und volkswirtschaftliche Gesamtorganisation hineinpassen müsse. Ferner haben die sozialdemokratischen Gewerkschaften in den letzten Jahren eine offensichtliche Schwächung nach links gemacht und sich immer mehr mit der sozialistisch-revolutionären Theorie, die sie ehemals bekämpft haben, abgefunden. Nach diesen Vorgängen mußte sich ganz naturgemäß die Kluft zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung bedeutend erweitern und vertiefen. Mit kirchlichen Einflüssen haben die Vorgänge im christlichen Gewerkschaftslager nichts zu tun. Auch in sonstiger Hinsicht sei die Berichtsperiode reich gewiesen an bedeutsameren gewerkschaftlichen Vorgehenheiten. Es brauchte nur hingewiesen zu werden auf die sozialdemokratischen Monopolbestrebungen in der Tarifbewegung und auf dem Gebiete des Arbeitsnachweiswesens, den Vorstoß der Unternehmer in der Arbeitsnachweisfrage, die systematische Züchtung der Gelben durch die Gewerkschaften, die Bestrebungen zur Gewinnung der Arbeiterjugend für die Gewerkschaften, das Vordringen unserer Bewegung unter den staatlichen Verkehrsarbeitern, die Bildung eines nationalen Krankenkassenverbandes etc. Die Leitung der christlichen Gewerkschaften ist den auf sie beratenermaßen liegenden Aufgaben mit Sorgfalt nachgegangen und hat zu den Einzelfragen durch eine Anzahl Schriften und Flugblätter Stellung genommen und Aufklärung verschafft. Es wurden in der Berichtsperiode u. a. folgende Schriften herausgegeben: 1. Wirtschaftskrisen (Auflage 5000 Exemplare), 2. Protokoll der Verhandlungen des 7. Kongresses der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (10 000), 3. Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1910 (10 000), 4. Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises (27 000), 5. Der Kampf in Badisch-Neidlingen (7500), 6. Differenzen zwischen der badischen Fabrikinspektion und den christlichen Gewerkschaften (5000), 7. Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1911 (15 000), 8. Buchdruckertarif und öffentliches Interesse (7000), 9. Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1912 (20 000), 10. Führer durch die soziale, staatsbürgerliche, sozialpolitische und wirtschaftliche Literatur (5000), 11. Die Aufgaben der Arbeitervertreter in der gesetzlichen Reichsversicherungsordnung (5000), 12. Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1913 (20 000). Zu erwähnen sind ferner 13. Die Krisenjahre der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1910 (10 000), 14. Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911 (7500); sodann die Agitationsbroschüren, 15. Zum Kampf um die Reichsversicherungsordnung (40 000) und 16. Die Jugendfrage (5000). Endlich berechnete das Generalsekretariat in einem Literaturverzeichnis über Werden, Wesen und Wirken der christlichen Gewerkschaften die hauptsächlichste bis heute in Artikeln und Schriften erschienene einschlägige Literatur aus bewundernder und gegnerischer Feder.

Das Generalsekretariat wurde in der Berichtszeit weiter ausgebaut und je eine Dezernat für Organisationsfragen, Pressewesen und Jugendfrage errichtet. Dem deutschen Generalsekretariat ist auch das internationale Sekretariat der christlichen Gewerkschaften angegliedert. Neu haben sich in der Berichtsperiode dem Gesamtverband angeschlossen die Verbände bayrischer Arbeiter, der Württembergische und Westfälische Eisenbahnerverband, während der Verband der Weinbergs-, Wald- und Landarbeiter neu gebildet wurde.

An den Geschäftsbericht knüpfte sich eine lebhafteste Diskussion, in der Wieber-Duisburg und Heumann Düsseldorf übereinstimmend zum Ausdruck brachten, daß die christlichen Gewerkschaften an dem bewährten Schutzsystem festhalten wollen, weil es Deutschland in wirtschaftlicher Beziehung groß gemacht habe, und dadurch auch den Arbeitern zugute komme. Der letztere Redner wünschte die Einführung einer königlichen Leerrungscommission durch die Regierung. Imbush-Gien wies nach, daß die Laitsch des christlichen Bergarbeiterverbandes beim Streik im Ruhrgebiet noch gewerkschaftlichen Standpunkte aus unansehnlicher richtig war. Er richtete eine scharfe Abfrage an die Adresse der „Gelben“, die in ihren Konsequenzen nur die Materialisierung und Revolutionierung der Arbeiter fördern. Der Redner kritisierte das Eintreten des Düsseldorfener Regierungspräsidenten Kruse für die „Gelben“, sprach sich aber entschieden gegen einen verärferten gesetzlichen Schutz der Arbeitswilligen aus. Arber-Berlin übte Kritik an der Rechtsprechung der Schiedsgerichte in Unfallsrentenfällen, ebenso Koch-Sagen, auf dessen Vorschlag folgende Resolution zur Annahme gelangte:

„Der Kongreß bedauert, daß die Rechtsprechung, soweit keine Renten in Unfällen in Frage kommen, eine wesentliche Aenderung zugunsten der Arbeiter vollzogen hat; er bedauert ferner, daß das von einer interessierten Gruppe der Berufsgenossenschaft zusammengestellte Buch „Die Genährung in Unfallsfällen“ vielfach bei der Rechtsprechung zugrunde gelegt wird. Diese gekennzeichneten Erscheinungen sind nicht geeignet, das Vertrauen unserer Arbeiter in unsere soziale Rechtsprechung zu steigern.“

Der Kongreß sprach sich sympathisch für den Kampf der Handlungsgehilfen um die völlige Sonntagsruhe aus. Die Arbeiter können diesen Kampf wirksam unterstützen, daß sie am Sonntag keine Einkäufe machen.

Angenommen wurden folgende Anträge:

1. ein Antrag des Ausschusses des Gesamtverbandes: der Beitrag zum Gesamtverband beträgt pro Jahr und männliches Mitglied 30 Pfg., für weibliche Mitglieder 15 Pfg.; 2. ein Antrag des Ortsrats Köln: den Vorstand zu beauftragen, der Einführung einer Volksversicherung näherzutreten; 3. des Ortsrats Schwerin: die Mitglieder aller angeschlossenen Verbände aufzufordern, ihre berufliche Lohnarbeit verrichtenden Familienangehörigen (Frauen, Söhne, Töchter) den entsprechenden christlichen Berufsverbänden zuzuführen.

Eine Anzahl zum Geschäftsbericht einschlägiger Anträge wurden dem Ausschuß des Gesamtverbandes überwiesen.

Zu weiteren Vorträgen der Tagesordnung erstattete Generalsekretär Stegerwald-Köln ein instruktives Referat über das Thema:

„Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart.“

Die breiteste Öffentlichkeit hat diesem Referat seit geraumer Zeit mit großer Spannung entgegengeleitet. Man erwartete sich eine grundsätzliche Stellungnahme zu dem bedeuerlichen Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager. Sie ist denn auch prompt erfolgt und hat vor aller Welt eine klare Situation geschaffen. In den Kreisen der christlichen Gewerkschaften selbst bedurfte es freilich keiner Klärung. Da wußte man von aller Anfang an was man wollte und woran man festhalten müsse. Wenn aber Gegner auf verschiedenen Seiten geplatzt haben, der Gewerkschaftsstreit würde für unsere Bewegung verhängnisvolle Formen annehmen, so werden sie durch die Rede Stegerwalds, durch die Form, wie der Kongreß die ganze Angelegenheit schließlich erlebte, wohl eines Besseren belehrt worden sein. Das wichtige, mit stürmlichem Beifall aufgenommene Referat bringen wir an anderer Stelle besonders zum Abdruck.

Unmittelbar nach dem Referat beauftragte Streiter-Berlin:

„Der Kongreß möge beschließen, daß über den Vortrag des Kollegen Stegerwald in eine Diskussion nicht eingetreten wird. Was insbesondere über den sogenannten „Gewerkschaftsstreit“ zu sagen war, hat Kollege Stegerwald klar und deutlich gesagt. Das ist ein für allemal der Standpunkt der christlich-nationalen Arbeiterbewegung! Dieser Standpunkt ist unverrückbar und unabänderlich! Deshalb halte ich jede weitere Diskussion für überflüssig. Bei dieser Gelegenheit möchte ich als evangelisches Mitglied des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften den katholischen Führern unserer Bewegung nachdrücklichster unser vollstes Vertrauen aussprechen. Dazu bin ich beauftragt von den evangelischen Mitgliedern des Kongresses, die wie ich zur national-liberalen Partei sich bekennen, wie auch von den evangelischen Mitgliedern, die den Rechtsparteien angehören, sowie von den evangelischen Arbeiterinnen. Wir beglückwünschen unsere katholischen und evangelischen Mitglieder des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften zu ihrer Haltung in dem sogenannten „Gewerkschaftsstreit“, die getragen war von hohem Verantwortlichkeits- und Tatgefühl, und die den besten, ehrlichen Willen erkennen ließ, die Treue, Kameradschaft und Waffenbrüderschaft zwischen den katholischen und evangelischen Mitgliedern hochzuhalten.“

Stimmen Sie also meinem Antrage auf Erledigung dieses Punktes der Tagesordnung unseres Kongresses ohne Diskussion einmütig zu, in dem Bewußtsein: wir bleiben auch in Zukunft was kommen was will eine unabhängige, interkonfessionelle und parteipolitisch neutrale christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung.“ (Anhaltender demonstrativer Beifall.)

Der Vorsitzende des christlichen Metallarbeiterverbandes, Wieber-Duisburg, bemerkte unter stürmischer Zustimmung des Kongresses das Folgende:

„Gestatten Sie mir, daß ich im Anschluß an diese Worte als katholischer Arbeiter unseren evangelischen Führern und Kollegen unser vollstes Vertrauen ausspreche, wir werden Ihnen treue Waffenbrüderschaft halten in der Zukunft wie in der Vergangenheit. Die 15 Jahre, die wir zusammen gearbeitet haben, haben gezeigt, daß wir ohne Vermischung unserer religiösen Überzeugungen erfolgreich zusammenarbeiten können; deshalb halte auch ich jede weitere Diskussion für überflüssig.“

Von einer Diskussion wurde abgesehen und folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die christlichen Gewerkschaften sind aus den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands einerseits und aus dem Wozugang der deutschen Arbeiterbewegung andererseits hervorgegangen. Sie verkörpern nicht die Emanzipationsbewegung der Lohnarbeiterklasse nach allen Richtungen, sondern haben gleich bei ihrer Gründung ihre Aufgaben und Bestrebungen auf ein Teilgebiet begrenzt: die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegenüber den Arbeitgebern bei der Gestaltung und Fortentwicklung des Arbeitsverhältnisses und was damit zusammenhängt. Die sozialdemokratische Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung hat ihre Ziele weiter. Eine Arbeiterbewegung, die in

Deutschland sich auf die Dauer neben der Sozialdemokratie behaupten will, muß der weitestgehenden sozialdemokratischen Gedankenwelt eine andere, ebenso umfassende Gedankenwelt entgegenstellen. Also bedarf die christliche Gewerkschaftsbewegung einer Ergänzung. Diese ist in Berücksichtigung der deutschen Verhältnisse nur möglich dadurch, daß sich die Arbeiter zur Pflege ihrer staatsbürgerlichen und geistig-sittlichen Ideale ohne Unterschied des Berufes in konfessionellen Arbeiter-, Gesellen-, Jugend- und Arbeiterinnenvereinen zusammenschließen, während die wirksame Geltendmachung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter deren umfassenden Zusammenschluß auf basischer Grundlage erfordert, was eine Trennung nach Konfessionen ausschließt. Soll in Deutschland eine nichtsozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung ein bedeutsamer Faktor im Gewerbe sein und sich gegenüber den starken neutralen Arbeitgeberverbänden durchsetzen, so kann sie sich nicht auf die Anhänger einer Partei oder auf die Mitglieder einer Konfession beschränken. Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands trat daher in Sachen des Gewerkschaftsstreites den Erklärungen des Vorstandes des Gesamtverbandes vom 3. und 19. Juni 1912 in allen Punkten bei und erklärte: Organisationsform und Charakter der christlichen Gewerkschaften haben sich in nahezu 15-jähriger Praxis bewährt; die christlichen Gewerkschaften bleiben deshalb auch in der Zukunft in den feierlichen bewährten Bahnen.“

Damit sind die Akten über den Gewerkschaftsstreit und die katholischen Jobabteilungen für uns geschlossen. Die christlichen Gewerkschaftler haben ihr Programm mit der wünschenswertesten Deutlichkeit wieder dargestellt und durch den ersten Hinweis auf die Notwendigkeit der konfessionellen Vereinigungen unzweideutig erwieben, daß sie die Wichtigkeit der religiösen Betätigung keineswegs unterschätzen. Nur lehnen sie es mit Recht ab, diese Lebensfrage der deutschen Arbeiterschaft mit dem wirtschaftlichen Emanzipationskampf zu verquicken. Wer das nicht begreifen will, dem ist eben nicht zu helfen. Und über fanatischer geht man allenthalben zweckmäßig zur Tagesordnung über.

Das Referat über das folgende Thema:

„Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den neuen Auseinandersetzungen über Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik.“

erstattete der Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, Joos-M. Gladbach.

Die Tagespresse rühmt mit Recht, daß der Vortragende das schwierige Gebiet glänzend beherrscht und es verstanden habe, durch seine klare Vortragweise die Versammlung bis zum letzten Satze seiner mehr als zweistündigen Ausführungen zu fesseln.

An das mit lebhaftem Beifall aufgenommene Referat knüpfte sich eine freundschaftliche Auseinandersetzung über den Wert theoretischer Erörterungen in den Reihen der christlichen Gewerkschaften überhaupt. Abg. Giesbers vertrat den Standpunkt der „alten Praktiker“. Er meinte, die Begrenzung der gewerkschaftlichen Tätigkeit und die obere Grenze des Lohnes lasse sich überhaupt nicht festlegen — das hänge ganz vom Gange der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Notwendig sei bei den Unternehmern ein besseres Verständnis der Arbeiterbewegung; soziale Unterrichts-kurse täten ihnen not. Herr Imbusch-Gien formulierte die Ablehnung der „neuen Schule“ dahin: Wir leben doch nicht um zu produzieren, sondern wir produzieren um zu leben. Wenn der Unternehmer uns nicht freiwillig gibt, was wir verlangen können, müssen wir es uns erkämpfen und deshalb gilt es nach wie vor, unsere Reihen zu verkräften. Wieber-Duisburg meinte: Die Professoren mögen uns mit noch so schönen und klugen Theorien kommen — wir Arbeiter sind Praktiker und uns imponieren sie damit nicht. Organisieren wir uns und melden rechtzeitig bei den gesetzgebenden Faktoren unsere Forderungen an! Stegerwald vertrat die Ansicht, daß die Arbeiter ihre praktischen Forderungen auch theoretisch und wissenschaftlich formulieren müssen, wenn sie nicht ins Hintertreffen kommen wollen.

Daß die christliche Gewerkschaftsbewegung dazu sehr wohl in der Lage ist, beweist das vorzügliche Referat des Redakteurs Joos, aber auch ein Buch des Gesamtverbandsbeamten Theodor Brauer-Köln „Gewerkschaften und Volkswirtschaft“. Ueber dieses Buch herrscht eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Verfasser und dem Referenten des Kongresses, die Brauer nach der Ansicht Joos manchmal zu weitgehende Konfessionen an die neue Schule gemacht hat. Natürlich konnte der Kongreß zu dieser Frage keine direkte Stellung nehmen. Nur waren alle Redner darin einig, daß man Brauer nicht als zur „neuen Schule“ gehörig bezeichnen dürfe, deren Theorien einmütig abgelehnt wurden.

Im Anschluß an das Referat beschäftigte man sich mit einem Antrag Schlad und Gen. zur Konjunktionsgenossenschaftsbewegung.

Der Antrag lautete:

1. Die Konjunktionsgenossenschaftsbewegung ist eine notwendige Ergänzung der Berufsorganisationen. Während letztere eine Erhöhung des Einkommens ihrer Mitglieder anstrebt, hat erstere den Zweck, das Einkommen konftätiger zu gestalten. Die Förderung der Konjunktions-

chaftsbewegung ist besonders in der jetzigen Zeit der Leu-
erung aller Lebensmittel und Wirtschaftsbedürfnisse eine
unabweisbare Notwendigkeit geworden. Des weiteren
zwingt auch die Arbeiterchaft zur regen Teilnahme an der
Konsumgenossenschaftsbewegung, das lebhaft Bestreben
des privaten Kapitals, auf allen Gebieten Preiskonven-
tionen zu errichten. Nur durch den Einfluß der Konsum-
organisationen sind solche Monopolverträge auf dem
Gebiete der Lebensmittelverteilung hinauszuhalten. Auf
Grund dieser Erwägungen empfiehlt der christliche Ge-
werkschaftslehre allen Mitgliedern der angeschlossenen
Verbände den Konsumgenossenschaften als Mitglied be-
izutreten.

2. Der Kongreß erklärt es als selbstverständlich, daß die
Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nur solchen Kon-
sumvereinen angehören und beitreten, die einem Verbande
angeschlossen sind, der für die Neutralität auf politischem
und wirtschaftlichem Gebiete die volle Gewähr bietet. Als
solchen bezeichnet der Kongreß den Verband westdeutscher
Konsumvereine Mittelrhein (Ablein). Der Zentralverband
deutscher Konsumvereine Hamburg kann als solcher schon
wegen der engen Koordination mit den sozialdemokratischen
Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei nicht in
Frage kommen.

Ueber einen Zusatzantrag: „3. die praktische Förderung
der neutralen Konsumvereinebewegung kann am besten
örtlich oder bezirksweise durch die Kartelle erfolgen und
werden diese aufgefordert, im Sinne dieser Resolution
tätig zu sein“, entspann sich eine längere Diskussion, da
von mehreren Seiten geltend gemacht wurde, daß es sich im
Hinblick auf die in den Kreisen des kaufmännischen Mittel-
standes herrschende Auffassung nicht empfehlen würde, sich
auch in der praktischen Betätigung in dieser Weise fest-
zulegen.

Der Zusatzantrag wurde nach längerer Debatte
zurückgezogen, der Antrag Schlaß und Gen. ange-
nommen.

Der Nachmittag des 8. Oktober blieb feierlich.
Man hatte schon tüchtig gearbeitet und so war es
den Delegierten wohl zu gütigen, daß sie sich durch
einen Ausflug in die idyllische Sächsische Schweiz von den
bis herigen Strapazen erholten und zu neuer, ernster
Arbeit kräftigten. Beides ist ihnen trefflich gelungen,
wie die Leistungen der folgenden Kongreßtage be-
weisen.

Am 9. Oktober setzte der Kongreß in Anwesenheit
des Staatsministers Frhr. v. Berlepsch, des Geheim-
rats Dr. Wehnert, Vorsitzenden des konservativen
Landesvereins für das Königreich Sachsen und des
Oberregierungsrates Säbner als Vertreter der kgl.
Kreishauptmannschaft Dresden seine Beratungen fort.
Von den christlichen Gewerkschaften Bregiens war ein
Begrüßungstelegramm eingelaufen.

Gesamtverbandssekretär Fr. Baltrusch referierte
über die

**Stellung und Aufgaben der Bezirks- und Ortskartelle
in den christlichen Gewerkschaften.**

Den instruktiven Darlegungen des Redners lagen
folgende Leitfäden zugrunde:

Seit dem 3. Kongreß der christlichen Gewerkschaften im
Jahre 1901 in Arelfeld hat der Zentralisationsgedanke in
denselben in verhältnismäßig kurzer Zeit geradezu glän-
zende Fortschritte gemacht. Die damals noch bestehenden
selbständigen Landes- und Bezirksverbände, sowie die
lokalen Schutvereine sind von den inzwischen gegründeten
Zentralverbänden der einzelnen Bezirke fast gänzlich auf-
gesogen worden. Die Zentralverbände, deren Zahl bereits
auf 29 gestiegen ist, haben sich zur Erfüllung ihrer gemein-
samen Aufgaben und zur gegenseitigen Hilfe und Stütze in
den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutsch-
lands zusammengeschlossen, der zurzeit eine Mitgliederzahl
von etwa 300 000 umfaßt, die sich in weit über 4000 ört-
lichen Zahlstellen über ganz Deutschland verbreiten. Die
örtlichen Zahlstellen haben sich wiederum dort, wo mehrere
derselben in Frage kommen, an den verschiedensten Orten
und in ganzen Bezirken kartelliert. Solche örtlichen oder
bezirksweisen Zusammenschlüsse nennt man Orts- oder
Bezirkskartelle. Sie haben die Aufgabe, die gemeinsamen
Interessen der angeschlossenen Zahlstellen wahrzunehmen
und der Geschlossenheit und Verstärkung der Stoßkraft der
Gesamtbewegung in den einzelnen Orten und Bezirken zu
dienen. Die Orts- und Bezirkskartelle sind keine selbst-
ständigen Organisationen, sondern haben sich in die Ge-
samtorganisation der christlichen Gewerkschaften einzu-
gliedern und unterstehen dem Vorstände des Gesamt-
verbandes. Sie sind ebenso wie der Gesamtverband der
christlichen Gewerkschaften, um bildlich zu sprechen, ein
„Staatenbund auf föderativer Grundlage“ und üben ört-
lich auch in etwas die Funktionen des Gesamtverbandes
aus. Die Kartelle haben eine sehrumrissenes Tätigkeits-
gebiet, und dürfen darüber hinaus nicht gehen; unter
feinern Umständen dürfen sie sich in die Funktionen und
Aufgaben der Zentralverbände hineinmischen. Andererseits
werden diese den Kartellen, die sich innerhalb des ihnen zu-
gewiesenen Wirkungsbereiches betätigen, die größtmögliche
Förderung angedeihen lassen. Das Aufgabengebiet der
Kartelle ist ein mannigfaltiges. Der Schwerpunkt ihrer
Tätigkeit muß in der Agitation liegen. Man unterscheidet
eine innere und eine äußere Agitation. Die innere Agi-
tation bedeutet die zahlenmäßige Stärkung der bestehenden
Ortsgruppen und ihre innere Konsolidierung. Erst wenn
dieses erreicht, und die Festigung der Bewegung am Orte

erzielt ist, soll die äußere Agitation, die Neugründung von
Zahlstellen und das Fortstreben, der Bewegung im ganzen
lokalen Leben die ihr zukommende Bedeutung zu sichern,
in den Vordergrund treten. Zur Erreichung dieser Ab-
sicht sind gute, am besten persönliche Beziehung zur ört-
lichen Presse eine Notwendigkeit. Die Pflege der Sta-
tistik über die einzelnen Organisationen und die Ver-
hältnisse am Ort und die Registrierung der in den sozial-
politischen Institutionen tätigen Arbeitervertreter ist inner-
halb der Kartelle unerlässlich. Eine der wichtigsten Auf-
gaben ist die gründliche Vorbereitung und gewissenhafte
Durchführung der sozialen Wahlen. Auch die Förderung
der Geistesbildung der Arbeiter durch soziale und volkswirt-
schaftliche Unterrichtsstufe, sowie sozialpädagogische Unter-
richtsstufe in Sacke der Gewerkschaftskartelle. Zur För-
derung der Bildung ist die Anlegung von Kartellbiblio-
theken noch anerkanntes Grundgesetz ebenfalls erforderlich,
wie auch die Errichtung eines Schreibratens in den
Rahmen dieses Tätigkeitsgebietes fällt. Ferner sollen
sich die Kartelle um die Erteilung des Rechtschutzes für
diejenigen Gruppen kümmern, deren Bezirksleitung weit
entfernt ist und die keinem Rechtschutzbureau angeschlossen
sind. Allen örtlichen sozialen Fragen in den Kommunen
sollen die Kartelle nachgehen und auf die der Arbeiterchaft
nahelstehenden Gemeindegremien und damit auf die Be-
rathungen zugunsten der Arbeiter und Kinderbewerksamen
einwirken. Die Beteiligung an kommunalpolitischen
Wahlen ist jedoch den Kartellen als solchen unter keinen
Umständen gestattet. Auf genossenschaftlichem Gebiet
können dieselben der neutralen Genossenschaftsbewegung,
wie sie im Verband westdeutscher Konsumvereine zum Aus-
druck kommt, Vorhand leisten, es liegt das im Interesse
der Arbeiter. Dem deutschen Leitwesen müssen die christ-
lichen Arbeiter mehr als bisher Beachtung schenken, die Kar-
telle sollen rechtzeitig aus den Reihen der Arbeiter Schöffen
und Geschworene vorschlagen. Die Jugendfrage und -pflege
soll ebenfalls die christlichen Gewerkschaftskartelle andau-
ernd beschäftigen. Sie müssen sich eine Vertretung sowohl
in den konfessionellen Jugendauschüssen, wie auch dadurch
in den Ausschüssen für staatliche Jugendpflege verschaffen.
Mit den konfessionellen Arbeiter-, Gesellen- und Jugend-
vereinen sollen sie in beständiger Fühlung stehen und mit
diesen Vereinen auf sozialem Gebiet zusammenarbeiten
und, wenn möglich, mit ihnen örtlich gemeinsame „Soziale
Ausschüsse“ bilden. Von Interesse dürfte noch sein, daß
von den etwa 300 000 Mitgliedern der christlichen Gewerks-
chaften Ende 1911 228 729 mit 2121 Ortsgruppen in 245
Kartelle zusammengefaßt waren. Die Zahl ist inzwischen
auf 266 gestiegen.

Die Diskussion über diesen Punkt der Tagesord-
nung war im Wesentlichen ein Gedankenaustausch über
die an verschiedenen Orten gemachten Erfahrungen.
Der Kongreß brachte seine Meinung in folgender
Resolution zum Ausdruck:

Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutsch-
lands erkennt die Bedeutung der Bezirks- und Orts-
kartelle für die Gesamtbewegung an. Der Kongreß spricht
daher die bestimmte Erwartung aus, daß in all den Orten,
in denen sich zwei oder mehr Ortsgruppen der christlichen
Gewerkschaften befinden, die Gründung eines Ortskartells
in die Wege geleitet wird. Bezirkskartelle mit einem Kar-
tellssekretär an der Spitze sind überall dort einzurichten, wo
geschlossene Industriebezirke sich befinden, die geographische
Lage dies begünstigt und eine sichere finanzielle Grundlage
vorhanden ist.

Zur Durchführung ihrer mannigfachen und bedeutsamen
Aufgaben bedürfen die Kartelle ausreichender Geldmittel.
Laut Ausweis der Statistik für das Jahr 1911 werden viel-
fach noch sehr niedrige Beiträge erhoben. Eine Erhöhung
derselben ist die erste Voraussetzung dafür, daß die betr.
Kartelle ihren Aufgaben gerecht zu werden vermögen.
Der Durchschnittsbeitrag von 60 Pf. pro Mitglied und
Jahr ist in allen Kartellen anzustreben.

Die Stellung der Kartelle in der Gesamtbewegung kann
keine völlig selbständige sein: sie haben als notwendige Be-
standteile der Gesamtbewegung sich dieser organisch ein-
zugliedern und unterstehen der Aufsicht und der Direktion
des Vorstandes des Gesamtverbandes. Die Errichtung von
Bezirkskartellen und Kartellssekretariaten sowie die Besetzung
der letzteren kann nur im Einverständnis mit dem Vor-
stand des Gesamtverbandes erfolgen. Die Kartellssekretäre
sind dem Gesamtverbandsvorstand zur allmonatlichen Be-
richterstattung über ihre Tätigkeit verpflichtet.

Die Kartellvorstände werden verpflichtet, den ihnen all-
jährlich vom Generalsekretariat zugesandten Fragebogen
über Tätigkeit, Finanzangelegenheiten und Einrichtungen der Kar-
telle genau und gewissenhaft auszufüllen und rechtzeitig
zurückzuführen, damit eine brauchbare Statistik des ge-
samten Kartellwesens in jedem Jahre veröffentlicht werden
kann.

Die Beteiligung der Kartelle an kommunalen oder poli-
tischen Wahlen hat unter allen Umständen zu unterbleiben.
Dringend aber wird den Kartellen angeraten, dort, wo es
noch nicht geschehen ist, sich mit den konfessionellen Arbeiter-,
Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugendvereinen, sowie mit
den befreundeten Angestelltenorganisationen zu einem
„Sozialen Ausschuss“ zu vereinigen.

Die Sozialen Ausschüsse sollen sowohl bei allen sozialen
Wahlen, als auch bei der Stellungnahme zu sozialpolitischen
Gesetzesentwürfen von allgemeiner Bedeutung und bei der
Behandlung sozialer Fragen durch die Kommunen auf das
Zusammengehen aller Beteiligten hinwirken. Vornehmlich
ist ein innigeres Zusammengehen am Orte mit den konfes-

sionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen-, Gesellen- und Jugend-
vereinen am Orte oder im Bezirke überall anzustreben.
Namentlich mit Bezug auf die Jugendfrage, der als einer
Lebensfrage für die christlichen Gewerkschaften die größte
Aufmerksamkeit zu schenken ist. Jedes Kartell soll für eine
geeignete Jugendkommission sorgen, die dauernde Fühlung
hält mit den örtlichen Leitungen der konfessionellen Jugend-
auschüsse und womöglich auch direkt mit den Ausschüssen
für staatliche Jugendpflege.

Bei der Jugendpflege in den christlichen Gewerkschaften
überlasse man die mehr erzieherischen Aufgabebereiche und
das Vergnügungswesen den konfessionellen Vereinen.

Den Verhandlungen über das nächste Thema:

**Staatsangestellte und Arbeiter in der christlich-
nationalen Arbeiterbewegung**

modulte der Vizepräsident der Generaldirektion der
sächsischen Staatseisenbahnen, Dr. Mettig, bei.

Die Staatsbeamten- und Eisenbahnerbewegung
ist ohne Zweifel einer der wichtigsten sozialen und
nationalen Probleme der Gegenwart. Einerseits
müssen die Angestellten und Arbeiter des Staates
einen gewerkschaftlichen Einfluß auf die Gestaltung
ihrer Besoldungs- und Arbeitsbedingungen nehmen
können. Sie können ihre wirtschaftliche Lage nicht
allein von der Einsicht oder dem Wohlwollen der Re-
gierungen und der Parlamente abhängig sein lassen.
Von den wechselnden Verhältnissen im wirtschaftlichen
Leben werden sie fast im gleichen Maße berührt wie
die im freien Erwerbssampf stehenden Elemente.
Auch für sie gibt es eine Leertung, einen lebhaften
Wunsch nach Ordnung ihrer dienstlichen und recht-
lichen Stellung. Andererseits muß unter allen Um-
ständen vermieden werden, daß sie der sozialistischen
Agitation zum Opfer fallen. Die Sozialdemokratie
macht verzwweifelte Anstrengungen, das Beamten- und
Arbeiterheer namentlich der Verkehrsbeamten für sich
zu gewinnen. Begreiflich! An eine Erreichung des
sozialistischen Endzieles ist gar nicht zu denken, so
lange die Staatsangestellten nicht daran aktiv mit-
arbeiten. Kein Generalkrieg ist ohne sie wirksam
durchführbar, überhaupt fehlt der sozialen Revolution
ohne die Beteiligung der staatlichen Angestellten
Durchschlagkraft. Darum muß die christliche Ge-
werkschaftsbewegung die Organisation der Staatsar-
beiter in die Hand nehmen und wirksam durchführen.
Wie das geschehen soll, haben in Dresden der Referent,
Geschäftsführer Gustaf-Eberfeld und die Diskussions-
redner Gwelling-München (Vogel-Eisenbahner), Groß-
Stuttgart (Wirt, Eisenbahner), Keller-Gießen (Tele-
graphenarbeiter), Hartmann-Berlin (Medien-Eisen-
bahner) und Landtagsabg. Meyer-Dortmund (Eisen-
bahner-Verband) klar erläutert. Man will das Ver-
einigungsrecht der Staatsarbeiter auf nationaler,
christlicher Grundlage entschieden in Anspruch nehmen,
aber auf das Streikrecht in aller Form verzichten.
Letzteres mußte unter dem Trude der öffentlichen
Meinung und der bestimmt ausgesprochenen Willens-
äußerung der bayerischen Staatsregierung unlängst
auch der sozialdemokratische Süddeutsche Eisenbahner-
verband tun, worüber die sozialdemokratische Presse
in leidenschaftliche Kämpfe verfallen ist. Der Kongreß
nahm zu der wichtigen Frage in folgender Resolution
Stellung:

Der 8. Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutsch-
lands begrüßt die günstige Entwicklung der christlich-natio-
nalen Staatsangestellten- und Staatsarbeiter-Verbände
und ihre erfolgreiche sozialpolitische Standesarbeit, wie auch
die planmäßige und von großem volkswirtschaftlichem Ver-
ständnis und nationalem Pflichtgefühl zeugende Tätigkeit,
die von den genannten Verbänden auf dem Gebiete der
staatsbürgerlichen Erziehung entfaltet wird.

Der Kongreß hofft, daß das Streben der christlich-
nationalen Staatsangestellten- und Staatsarbeiter-Ver-
bände nach einer stetigen Hebung der wirtschaftlichen Lage
der Staatsbediensteten, reichsgesetzlicher Regelung der
Dienst- und Ruhezeiten im staatlichen Verkehrsgewerbe
und weiterem Ausbau der Arbeiterauschüsse in den
Staatsbetrieben und Errichtung von Zentralauschüssen
bei den verbundenen Regierungen, den Verwaltungen der
Reichs- und Staatsbetriebe und bei allen bürgerlichen Par-
teien das notwendige Entgegenkommen und sozialpolitische
Verständnis finden möge.

Da die Arbeiter innerhalb des staatlichen Verkehrsge-
werbes der Reichsgewerbeordnung nicht unterstellt sind,
hält der Kongreß die Schaffung eines, den eigenartigen Ver-
hältnissen der Staatsbetriebe entsprechenden Staatsar-
beiterrechtes für dringend notwendig.

**Die Stellung der christlichen Gewerkschaften
zu den politischen und geistigen Strömungen
der Gegenwart.**

Referat des Stelligen Ehrengast auf dem 8. Kongreß
der christlichen Gewerkschaften in Dresden.

Größere Bewegungen haben ihre Zeit nötig, um
sich durchzusetzen. Die englischen Trade-Unions, die
zuerst den Gewerkschaftsgedanken verwirklichten, muß-
ten jahrzehntelang die schmerzlichen Kämpfe um ihre
Existenz führen. Auch in Deutschland stellten sich der
Verwirklichung des Gewerkschaftsgedankens große
Hemmnisse entgegen. Neben den üblichen äußeren
Schwierigkeiten hatten die sozialistischen Gewerk-

schaften einen 40-jährigen Kampf um ihre Anerkennung zu führen mit der politischen Sozialdemokratie. Auch der Kampf um den Charakter der christlichen Gewerkschaft ist so alt wie diese. Der Gewerkeverein christlicher Vergarbeiter, als die älteste christliche Gewerkschaftsorganisation, mußte sich mehrfach gegen Zentrums- und liberale Vorkämpfer wenden, die politische Vergarbeitsorganisationen bilden wollten. Und als der 1. Kongress der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1899 in Mainz deren Charakter als Selbsthilfeorganisation zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen bei Gestaltung des Arbeitsverhältnisses heranzuarbeiten und erklärte, daß solche Organisationen, um sich durchsetzen und Erfolg erzielen zu können, sich weder auf eine parteipolitische Plattform stellen, noch sich auf die Mitglieder einer Konfession beschränken dürften, setzte gleich der Kampf gegen diesen Organisationscharakter ein. Zeit der Zeit mußten die christlichen Gewerkschaften gegen ein gewaltiges Gestrüpp von Wirnissen und Vorurteilen ankämpfen. Auf parteipolitischen Gebieten sind verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten hervorgerufen; desto mehr aber auf konfessionellen Gebieten. In breiten Kreisen des evangelischen Lagers hat man den christlichen Gewerkschaften nichts als Mißtrauen und Vorurteile entgegengebracht, während im katholischen Lager eine Gruppe, die um den Volksverein und die „Köln. Volkszeitung“, die christlichen Gewerkschaften energisch unterstützte. Eine andere Gruppe, deren Mittelpunkt der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) ist, hat die christlichen Gewerkschaften ebenso energisch bekämpft, während eine dritte Gruppe denselben Auseinandersetzungen teils teilnahmslos zusah.

Nach den Auseinandersetzungen des letzten Sommers sei es unvermeidlich, daß der Kongress sich breiter mit dem Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager beschäftigen würde. Sowohl die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften wie auch die Kreise, die sie zu fördern gedächten, könnten Anspruch auf Klarheit erheben, um zu wissen, woran sie sind.

Nach einer ausführlichen Uebersicht über Wesen und Verlauf des Gewerkschaftsstreites im katholischen Lager und darüber, wie es gegenwärtig mit dem bösen Streit steht, fährt Redner fort: Der Wesensunterschied zwischen den beiden Richtungen besteht in der konfessionellen Organisationsform auf der einen und der interkonfessionellen Organisationsform auf der anderen Seite und dem grundsätzlich verschiedenen sozialwirtschaftlichen Programm der beiden Richtungen. Die christlichen Gewerkschaften leben für die berufswirtschaftliche Tätigkeit der Arbeiter die konfessionelle Organisationsform ab. Wir leben in Deutschland nicht in einem Kirchenstaat, sondern in einem Lande mit paritätischer Verfassung. Der Einfluß der beiden Religionsgemeinschaften auf Staats- und Volksleben, insbesondere auf die wirtschaftliche Betätigung des Volkes ist ein sehr beschränkter. Ein deutscher Bischof hat ihm (Redner) einmal gesagt, die Kirche hat nur Lehrgewalt, ihr fehlt unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Vollzugsgewalt, ihr fehlt der Gerichtsvollzieher. Die christlichen Gewerkschaften vertreten nicht den Standpunkt, daß nur durch reale Machtverhältnisse das Volks- und Wirtschaftsleben reguliert werden kann. Sie sind im Gegenteil sehr dafür, daß die sittlichen Grundzüge des Christentums wie ein Sauerzeug unter Volksleben durchgehen möchte. Die christlichen Gewerkschaften sind indes keine bloßen Ideologen, sie nehmen die Welt, wie sie ist. Und da stellt sich heraus: Man soll die Lehrgewalt der Religionsgemeinschaften nicht unterschätzen, man soll sie aber auch, soweit wirtschaftliche Fragen in Betracht kommen, nicht überdrehen. Die Sozialdemokratie will die Arbeiter völlig absondern vom Kulturleben der Nation. Nach deren System erfolgt die Absonderung nach Klassen, während das Berliner Fachabteilungs-system eine Absonderung nach Konfessionen darstellt. Eine bis ins Extrem durchgeführte konfessionelle Absonderung kann die politische und kulturelle Entwicklung Deutschlands nicht vertragen. Dafür ist Deutschlands Stellung im Rahmen der Völker und seine weltwirtschaftliche Lage eine viel zu exponierte.

Auf sozialpolitischem Gebiete lautet der Kardinalsatz der katholischen Fachabteilungen: „Das Arbeitsverhältnis ist kein Recht, sondern ein Rechtsverhältnis.“ Das sei eine auf den ersten Blick sehr einleuchtende Theorie. Nur ist vergessen, daß bei unseren menschlichen unvollkommenen Einrichtungen meist erst durch Macht Recht geschaffen werden muß. Fast alle Gesetze kommen erst nach größeren politischen Machtproben zustande. Das „Berliner“ Gewerkschaftsprogramm besteht in vermittelter Tätigkeit (der Streit wird verworfen) und Schiedsgerichten mit rechtsverbindlicher Kraft. Vermittlung führt in den seltensten Fällen, in allen größeren Fragen nie, zum Ziele, wenn nicht hinter den Vermittlern reale Machtfaktoren stehen. Die Schiedsgerichte mit rechtsverbindlicher Kraft stellen eine Art Sozialismus dar, der in absehbarer Zeit nicht für die gesamte Volkswirtschaft verwirklicht werden kann. Die deutsche Reichsregierung hat beim Hausarbeitsgesetz selbst für die Glendindustrien Lohnnämter, die Minimallöhne festsetzen sollten, abgelehnt. Die christlichen Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß in der

gegenwärtigen Rechts- und Wirtschaftsordnung für ernsthafte Arbeiterinteressen-Vertretungen der Streik unentbehrlich ist. Der Wirtschaftsoptimismus ist im Zeitalter des Welthandels viel zu kompliziert, als daß alle Differenzpunkte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern staatlicherseits behoben werden könnte. Damit kommt man wieder in die Area des Volksgewaltens, in der das gewerbliche Leben darniederlag und sich nicht entwickeln konnte. Hinsichtlich des Verlaufs des Gewerkschaftsstreites beantragte Redner insbesondere die Frage, warum im letzten Sommer kein außerordentlicher Gewerkschaftskongress einberufen worden sei und begründete sodann ausführlicher den Charakter der christlichen Gewerkschaften nach der ethischen Seite und ihr Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen.

Zur Frage: Wie steht es gegenwärtig mit dem Gewerkschaftsstreit übergehend, antwortet Redner: Ich weiß nicht! Ich weiß nur ein Dreifaches: erstens, daß selbst Bischöfe, die früher mit „Sitz Berlin“ hielten, immer mehr davon abrücken und heute fast sämtliche deutschen Bischöfe auf dem Standpunkt der christlichen Gewerkschaften stehen; zweitens, daß im Lager der katholischen Fachabteilungen eine große Stagnation herrscht, und drittens, daß die christlichen Gewerkschaften in der Zukunft bleiben, was sie in der Vergangenheit waren. Auf dasjenige, was von angeblich unterrichteter Seite in den letzten Wochen in der Tagespresse geschrieben worden sei, gebe ich nichts mehr. Es sei schon zu viel geschrieben worden. Die christlichen Gewerkschaften sind künftig nicht mehr so leicht aus dem lechtlichen Gleichgewicht zu bringen. Sie würden jetzt von den katholischen Fachabteilungen zwölf Jahre lang denunziert, verfeuert und schikaniert, so daß sich in weiten Kreisen ihrer Mitglieder der Standpunkt vollständiger „Wichtigkeit“ herausgebildet habe. An die Adresse der Angreifer der christlichen Gewerkschaften sage er dieses: Wenn ihr eure Angriffe wieder aufnehmen wollt, dann tut es. Ihr schadet letzten Endes der Sache, der ihr dienen wollt, viel mehr, als ihr den christlichen Gewerkschaften schaden könnt. Ihr könnt höchstens als große moralische Werte im katholischen Lager vernichten und dort nie wieder auf zu machende Verwüsthungen aufrichten. Die christlichen Gewerkschaften lassen sich für katholisch-fürdliche Zwecke nicht gebrauchen, sie lassen sich aber auch ebensoviele — und das richtet sich an eine andere Adresse — als Sturmbock gegen Rom gebrauchen. Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften liegen vielmehr jenseits dieser Auseinandersetzungen. Redner schloß mit einem Ausblick in die Zukunft, dahingehend, daß in Deutschland weder leistungsfähige katholische noch leistungsfähige evangelische Gewerkschaften gebildet werden könnten und daß der gegenwärtige Koller zur Bildung geisiger Gewerkschaften ohne Zweifel bald wieder vorbei sei. Der Kampf in der deutschen Arbeiterbewegung werde, wie das die letzten Jahre schon deutlich gezeigt hätten, ausgekämpft zwischen christlicher und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung. Die christlichen Gewerkschaften sind heute in Deutschland eine soziale, wirtschaftliche und nationale Notwendigkeit, deshalb müssen sie mit allem Nachdruck weiter verbreitet und gestärkt werden.

Verbandsnachrichten.

Mitglieder! wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Eure Rechte an den Verband. Wer sich mit seinen Beiträgen im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verwirkt.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 44. Wochenbeitrag für 1912 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Der heutigen Zeitungsendung liegt die Jahrestellenbibliothek in einem Exemplar des Jahrbuches der christlichen Gewerkschaften für 1913 bei. Der Betrag hierfür mit 50 Pfg. wird mit der Abrechnung des 4. Quartals eingezogen. Neben dem sonst üblichen Inhalt enthält die diesmalige Ausgabe des Jahrbuches eine Reihe aktueller Abhandlungen, insbesondere aus der sozialen Gesetzgebung der letzten Zeit, sodann die Anschaffung desselben jedem Mitgliede dringend empfehlen können. Die Jahrestellenverwaltungen erlauben wir, die Bestellungen seitens der Mitglieder entgegenzunehmen und an die Geschäftsstelle des Verbandes einzufenden.

Abgerechnet haben bis zum 29. Oktober folgende Zahlstellen: Baden-Baden, Emdenreuth, Hohenheim, Jochenhausen, Konstanz, Kuppenheim, Lindau, Forstheim, Reichenhall; — Frammersbach, Großwallstadt, Hausen, Jügesheim, Kiffingen, Rangenprojetzen, Reiderbach, Rantenbach, Niedernberg, Obernau, Hofbach, Speyer, Steinweiler, Schwabheim, Wenigumstadt; — Klaus, Ruer, Köln, Offen, Elberfeld, Gelsenkirchen, Dagen, Kellingshausen, Albedi, Trier; — Braunsberg, Hannover, Biel, Oldenburg, Osnabrück, Papenburg; — Dresden Marienburg und Zwickau.

Für die oben genannten Zahlstellen liegen die bestätigten (toten) Abrechnungsformulare der heutigen Zeitungsendung bei.

Da die Frist für die Einlieferungen der Abrechnungen für das 3. Quartal abgelaufen ist, werden diejenigen Zahl-

stellen, die bis zum 11. November ihre Abrechnungen nicht eingefandt haben, in der nächsten Nummer der Schneider-Zeitung veröffentlicht.

Der Zentralvorstand.
J. H. A. Schwarzmann.

Aus den Zahlstellen.

Danzig. In der am Montag, den 21. Oktober abgehaltenen, auf befehligen Veranlassung referierte Kollege Nolte-Vreslau über: „Die Entwicklung und Weitergestaltung des Tarifvertrages im Schneidergewerbe“. Redner behandelte in leicht verständlicher Weise den Vorgang beim Tarifabschluß vor und nach Gründung des Arbeitgeberverbandes. Mit der Gründung des „Advo“ im Jahre 1902 sei eine Wendung und 6. U. auch eine Verbesserung beim Tarifabschluß eingetreten. Bereits nach dreijährigem Bestehen des Advo habe derselbe einen großen Kampf im deutschen Schneidergewerbe heraufbeschworen, den 1906 ein ruhiges, aber 1907 ein zu größeres Kampfaber folgte. Im Herbst 1907 kam dann das sog. „Novembereinkommen“ zustande. Nachdem Redner dieses Einkommen, sowie das Lohnverhältnis und den weiteren Gang der Lohnbewegungen in den Jahren 1908, 1909, 1910 und 1911 besprochen habe, unterzog er den Verlauf des Kampfes im letzten Frühjahr und den Reichstagsbericht einer Erörterung. Zum Reichstagsbericht empfahl Kollege Nolte die den Berichtsanforderungen (siehe Nr. 19 und 20 der Schneider-Zeitung) vorgelegene Resolution, die einstimmig Annahme fand.

Unter Punkt Vertriebens machte Kol. Grabowski auf die bevorstehende Gewerbegerichts Wahl aufmerksam und ermahnte die Kollegen, schon in den ersten Stunden ihrer Wahlpflicht zu gehen. Die Liste des christl. Gewerkschaftsvereins trägt die Nr. 1. Einige andere Kollegen beipaten die Agitation. Nach Erörterung einiger weiterer Verbandsangelegenheiten schloß der Vorsitzende Kollege Nolte die gut besuchte Versammlung.

Marienburg. Am Sonntag, den 20. Oktober fand hier unter verhältnismäßig guter Beteiligung eine Versammlung statt, in der Kollege Nolte-Vreslau ein kurzes Referat über die Ursachen der Lebensmittel-Verteuerung hielt. Im Anschluß an das Referat wurden einige dringende Verhältnisse erörtert. Hierbei stellte sich heraus, daß Firmen, die während des letzten Streites im Jahre 1910 wohl einige Arbeitswillige erhielten, diese aber zum Teil inzwischen ihre wohnbediente Strafe durch Entlassung erhalten haben. Der andere Teil der ehemaligen Streikbrecher arbeitet unter Tarif und müssen sich mit weniger Lohn, als wie die Organisierten zufriedene geben. Also auch diese haben ihre Strafe für ihr unkollegiales Verhalten im Jahre 1910. Sodann wurde darüber beraten, wie bei einer neu errichteten Firma die Kollegen für den Verband zu gewinnen sind, um dann ebenfalls den Lohnsatz bei derselben einzuführen.

Den Bericht über die Abrechnung des 3. Quartals gab der Kassierer Kollege Keller. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Zahl der Mitglieder im Steigen begriffen ist. Auf Antrag des Kollegen Blum wurde dem Kassierer einstimmig Entlohnung erteilt. Daraus wurde beschlossen, von dem Bestande der Lokalfasse 20 Mk. auf der Sparkasse ausstragend anzulegen. Nach einigen Schlussworten des Vorsitzenden Kollege Sprang, die Versammlungs künftig recht zahlreich zu beenden, schloß er um 6 Uhr abends die Versammlung.

Rundschau.

Die Entwicklung der Christ-Dunderschen Gewerkschaften. Das Christ-Dundersche Zentralorgan „Der Gewerkeverein“ Nr. 48 enthält eine Uebersicht über die Entwicklung des Gesamtverbandes der Christ-Dunderschen Gewerkschaften im Jahre 1911. Am Ende des Jahres 1910 gäbten die Gewerkschaften 122.571 Mitglieder; das Jahr 1911 schloffen sie mit 107.748 Mitglieder ab. Dieser Mitgliederverlust enthielt hauptsächlich durch den Austritt des Gewerkschaftsvereins der Kaufleute (18.585 Mitglieder) aus dem Gesamtverband. Von dem Austritt der Kaufleute absehend, rechnet das Zentralorgan für die Gewerkschaften eine Zunahme von 3757 Mitgliedern und folgert daraus recht zufrieden: Die Gewerkschaften haben verstanden, sich zu behaupten. Das nennt man Behaupten, die um so mehr hervorzuheben, wenn man noch in Betracht zieht, daß die Christ-Dunder Gewerkschaften an Alter nicht viel zurückstehen hinter den sozialdemokratischen Gewerkschaften, also bedeutend älter sind wie die christlichen Gewerkschaften, die aber heute schon 300.000 Mitglieder zählen. Die Gewerkschaften der Christ-Dunderscher Richtung stehen seit Jahren am Ende ihrer Vormärtsentwicklung; sie entwickeln sich zurück.

Soziale Versicherung. Ueber die Sozialversicherung in Europa nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung in den verschiedenen Staaten gibt das Berliner „Reichsarchivblatt“ (Nr. 4) in einer Sonderbeilage eine interessante Uebersicht. In 17 Staaten ist die Krankenversicherung eingeführt, allerdings in den verschiedensten Formen. In Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Frankreich, England, Norwegen und Schweden ist neben dem grundsätzlichen Versicherungszwang, beziehungsweise der Zwangsversicherung auch die freiwillige Versicherung für gewisse nicht versicherungspflichtige Berufsgruppen zugelassen. In Luxemburg und in Rumänien gibt es nur die Zwangsversicherung, während Belgien, Schweden, Dänemark, Finland, Spanien, Holland und die Schweiz nur die freiwillige Versicherung kennen. Wie die Art, so weichen auch Umfang, Form, Vertragswesen, Leistungen und Streitverfahren der Krankenversicherung in den verschiedenen Staaten eine große Mannigfaltigkeit auf. Den größten Umfang hat die Krankenversicherung in Deutschland, das bei 16,5 Mill. Lohnarbeitern 14 Mill. und nach dem Inkrafttreten des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung etwa 20 Mill. Versicherte zählt. England hat bei 14 Mill. Lohnarbeitern etwa 14,7 Mill. Versicherte, während in Frankreich nur die Bergleute (bis 2000 Mk. Jahresverdienst) versicherungspflichtig sind. Von den kleineren Staaten weisen Luxemburg und Rumänien die engste Anlehnung an das deutsche Vorbild auf. Die Unfallversicherung, welche ebenfalls in 17 Staaten eingeführt ist, beruht in 12 Staaten allein auf dem Versicherungs-zwang, wovon nur 2 Staaten allein die Zwangsversicherung und 10 Staaten daneben die freiwillige Versicherung haben. Nur freiwillige Versicherung haben 6 Staaten. Deutschland steht mit 24,2 Mill. Versicherten sowohl positiv als auch relativ weitans an der Spitze aller Staaten, die anderen großen Staaten folgen erst in weitem Abstande, und nur einige kleinere Staaten erreichen relativ annähernd das deutsche Vorbild. Die Invaliden- und Alters-Versicherung ist in 10 Staaten zur Einführung gebracht, doch unterliegen in Oesterreich nur die Bergleute und Privatangehörigen der Versicherungspflicht, in Ungarn und Belgien

nur die Vergleiche. In Italien, Finnland, Spanien und Serbien kennt man nur die freiwillige Versicherung, überhaupt keine Invalidenversicherung gibt es in Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland und der Schweiz. Eine Hinterbliebenenversicherung gibt es außer in Deutschland noch in Oesterreich, Ungarn, Frankreich und Serbien. Die ganze Zusammenstellung, welche am Schluß noch eine summarische Uebersicht über die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung bringt, zeigt, daß Deutschland auf dem Gebiete der Sozialversicherung allen anderen Staaten weit überlegen ist.

Soziale Wahlen. Das Ergebnis der Gewerbevereinswahlen in Duisburg ist für die christliche Arbeiterschaft erfreulich. Die christliche Arbeiterschaft hat einen dreifachen Gevauer gegenüber den sozialdemokratischen Gewerkschaften, den Kirch-Dunderschen und den Polen ihre Position zu behaupten. Im Alt-Duisburg erhielten die christlichen Arbeiter 17 978 Stimmen und vier Weisiger, die Sozialdemokraten 18 643 Stimmen und ebenfalls vier Weisiger, die Kirch-Dunderschen 9701 Stimmen und zwei Mandate. Die Polen erhielten bei 1980 Stimmen keinen Weisiger. Im Bezirke Duisburg-Hubort erhielten die christlichen Arbeiter 7049 Stimmen und vier Weisiger, die Sozialdemokraten 4648 Stimmen und zwei Weisiger, die Kirch-Dunderschen 4780 Stimmen und drei Weisiger, die Polen 1642 Stimmen und zwei Weisiger. In Duisburg-Weidrich erhielten die christlichen Arbeiter 550 Stimmen und drei Weisiger, die Sozialdemokraten 478 Stimmen und zwei Weisiger, die Kirch-Dunderschen 611 Stimmen und drei Weisiger, die Polen 311 Stimmen und zwei Weisiger. Im Gesamtbezirke Groß-Duisburg erhielten die christlichen Arbeiter 36 472 Stimmen und elf Weisiger, die Sozialdemokraten 23 804 Stimmen und acht Weisiger, die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften 15 182 Stimmen und acht Weisiger und die Polen 3993 Stimmen und drei Weisiger.

In Dortmund betrug die Beteiligung bei der Gewerbevereinswahl am 11. Oktober auf Arbeitersseite etwa 59 Prozent. Eine große Anzahl Wähler mußten zurückkehren, weil das Votum in keiner Weise ausreichte. Das Resultat für die christliche Liste ist zufriedenstellend. Es wurden abgegeben für die christliche Liste 1450 Stimmen, die Genossen 2472 Stimmen, die Kirch-Dunderschen 312 und die Polen 143 Stimmen. Die christlichen Arbeiter behaupteten ihre sechs Weisiger, die Sozialdemokraten ihren alten Bestand von zehn Weisigern, die Kirch-Dunderschen verloren einen Weisiger an die Genossen, und behielten einen Weisiger. Die Wahl vor drei Jahren hatte folgendes Ergebnis: Christliche 1384 Stimmen mit sechs Weisigern, Note 2290 Stimmen mit zehn Weisigern, Kirch-Dunder 446 Stimmen mit zwei Weisigern. Für die Liste des Arbeitgeberverbandes wurden abgegeben 383 Stimmen,

für die sozialdemokratischen Arbeitgeber 71. Der Arbeitgeberbund erhielt 16, die sozialdemokratischen Arbeitgeber 2 Weisiger.

Bei der am 15. Oktober in Hamborn getätigten Krisankenntniswahl erhielten die christlichen Gewerkschaften 249, die freien Gewerkschaften 209 Stimmen. Bei der vorigen Wahl vor drei Jahren wurden für die freien Gewerkschaften 236, für die christlichen Gewerkschaften 126 Stimmen abgegeben. Also ein Rückgang der Genossenstimmen und ein starker Zuwachs der Christlichen.

literarisches.

Die Wahlen zu den Versicherungsträgern und Versicherungsbehörden betitelt sich eine von Johann Feder, M. d. M., verfaßte, im christlichen Gewerkschaftsblatt Köln erscheinende Broschüre (124 Seiten, Preis für Mitglieder 35 Pfg.). Von den Trägern der Versicherungen hängt es in hohem Maße ab, in welchem Maße die Leistungen der Krankenlosen, in anderen Worten von ihrer tätigen Mitwirkung ab, ob die Arbeiterversicherung zweckentsprechend ausgebaut und angewandt wird. Es ist deshalb eine dringende Notwendigkeit, daß die Vertreter der Versicherenden im Ausschuss und Vorstand der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung wissen, was rechtens ist und wie sie ihren Aufgaben im Interesse der Versicherenden gerecht werden können. Das vorliegende Schriftchen soll ihnen hierbei hilfreich an die Hand gehen. Es kam ihnen in Manchen einen größeren Kommentar ersetzen. Aber auch die Versicherenden selbst werden nicht ohne Nutzen das Schriftchen lesen; zeigt es ihnen doch, wie wichtig es ist, tüchtige Vertreter an alle Stellen zu stellen und werden den sozialen Wahlen mehr Interesse wie bisher entgegen bringen.

„Zum Lehramt der Weisiger.“ Die wichtigsten Bestimmungen über das weisliche Lehramtsverfahren, die Gesellen- und Meisterprüfung. Zusammenge stellt von Rechtsanwalt Alfred Dicht, wissenschaftlicher Assistent der Handwerkskammer München. Verhandlung des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine München 28. Bestalozzihefte 4. Preis 25 Pfg.

Das genannte Büchlein bildet für die theoretische und praktische Ausbildung im Lehramtsverfahren und Meisterprüfung ein treffliches Begleitheft. Es gibt in Kürze Aufklärung über die wichtigsten Bestimmungen der Meisterprüfung und beantwortet insbesondere die Fragen: 1. Was haben die Gesellen-Stellvertreter (Vater, Mutter oder Vormund) des Lehramtsbewerbers bei dessen Eintritt in die Lehre zu beachten? 2. Welche Rechte und Pflichten bringt der schriftliche Lehrvertrag mit sich? 3. Welchen Wert haben die Gesellen- und Meister-

prüfungen? 4. Was hat das Lehramtsbewerber zu tun, das die Gesellenprüfung ablegen will? 5. Was hat die Damen-schneiderin und die Modistin zu tun, die die Meisterprüfung ablegen will? 6. Was wird in der Gesellen- und Meisterprüfung im Damenschneidern- und Modistinnengewerbe verlangt? — Für jedes Lehramtsbewerber im Damenschneidern- und Modistinnengewerbe, dessen Eltern, sowie für jede Damenschneiderin und Modistin, gibt das Büchlein viele praktische Ratschläge. Im Anhang des Buchchens befindet sich ein Verzeichnis der sämtlichen Handwerks- und Gewerbeämtern im Deutschen Reich, ferner sind Musteranträge behufs Eingabe um Zulassung zur Gesellen- und Meisterprüfung am Schluß der Broschüre beigefügt, wodurch ihre praktische Verwertbarkeit noch bedeutend erhöht wird. Möge die Broschüre dazu beitragen, daß auch das Frauenhandwerk immer mehr dazu ausgebildet wird, deren, die sich ihm widmen, einen „goldenen Boden“ zu bieten.

Adreellenänderungen.

Köln. Vorsitzender H. Anton Schwarz, verzoogen nach E 66.
Kamm i. B. Vorsitzender H. Theodor Gerzen verzoogen nach Passauerstr. 36.
Havensburg i. B. Vorsitzender ist H. Josef Hafner, Adrestr. 11. Dort wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt und zwar mittags von 12-1 Uhr, und abends von 7,8-1/9 Uhr.
Konstanz. Vorsitzender ist H. Karl Keller, Gartenstr. 14 pt. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt.

Der heutigen Zeitungsendung liegt ein Prospekt der Firma Dr. Arthur Erhard bei, auf welchem wir noch besonders hinweisen.

Kollegen!

Bei Besuch von **Fachschulen** oder **Anknüpfung anderer Geschäftsverbindungen** molle man stets auf die **Schneiderzeitung** bezug nehmen.

 <p>Inseratenspreis. Die 4 gepaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg. Stellengehalte 20 Pfg.</p>	<p>Inserate</p>	<p>Rabattfähige. Bei 3-26 maliger Aufnahme 10-50% Rabatt. Für Zahlstellen und Mitglieder 25% Ermäßigung.</p>	
--	------------------------	---	--

Erste Wiener

== Schneider-Akademie ==

J. Kumpan. Berlin SW 48 Friedrichstr. 15.

Erstklassige, fachmännisch geleitete Zuschneide-Lehranstalt für die gesamte Herren- und Damenschneiderei, an welcher jeder Schüler, sowohl in Tages- als auch in Abendkursen ohne Ausnahme nur einzeln unterrichtet und so lange angeleitet wird, bis er das Selbstbewußtsein des eigenen Könnens erlangt hat.

Kursusbeginn jederzeit bei vorheriger Anmeldung.

Spezialität: **Schnittmuster** für alle Zwecke der mod. Herren- und Damenschneiderei. — Lehrbücher zum Selbstunterricht. — Prospekte vollständig kostenlos.

Tuchhaus

Gustav Weinsziehr

Eisen-Nuhr Berlin-S. 14 Amsterdam

Gilbehoffstr. 16 Märkischer Platz 1 N. 3. Voerbürgwal 40

Leistungsfähigstes Spezialgeschäft
Engros — Export

Ausgabe erstklassiger Musterkollektionen
: : Anerkannt billigste Bezugsquelle : :

Für Schneider

unentbehrlich, ist das neue Lehrbuch für **Herren- u. Damengarderoben.**
Sichere einfache Methode
Ausbildung zur Meisterprüfung 1. Konfektions-schneider in Schnellkursen.

Zuschneideschule Aschaffenburg
J. Baumberger, Fachlehrer
Aschaffenburg, Friedrichstr. 11.
Erste Referenzen.

L. LESCHE & SOHN

Zahngasse 5 DRESDEN Zahngasse 5
gegründet 1854

Empfohlen sämtliche Artikel f. Herrenschneidererei

Franz Neumayr

Tuchversandhaus
== München. ==
In
Franz Neumayr's
Musterkollektionen
ist besonders der
süddeutsche Geschmack
berücksichtigt. Bedarfhabende
Schneidermeister wollen meine
Kollektion bestellen.

Eigene bestellungsrichtete Dekatur
im Geschäftsgebäude.

Spezialfabrik für **Schnelderbügelöfen**
mit und ohne Kocheinrichtung.
Gasbügelöfen

Bügelöfen

Bügelöfen

J. Lorenz, Bügelöfenfabrik, Stuttgart
früher B. hutzinger.

Wattierleinen, Klötzelleinen, Schwarzleinen, Leimleinen, sowie alle Sorten Futterleinen zu billigsten Preisen.

Landeshuter Leinen-Industrie
HILDEBRAND & SACK
Landeshut in Schlesien.
Muster und Preisliste kostenlos.



ADLER

Nähmaschine

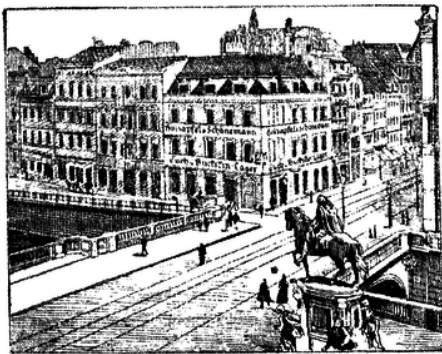
D. R. P.

Beste Maschine zum Nähen, Sticken und Stopfen.

H. Kochs Co.
A. G. Ges.
Bielefeld



Grösste Leistungsfähigkeit. J. L. Liste gratis
Druckwaren, etc. Union



Holzapfel & Schönemann

Inhaber: Karl Eduard Oskar Schönemann

Tuch-Groß-Handlung

Berlin-Mitte, Königs-Strasse 69 an der Kurfürstenbrücke.

Fernsprecher: Amt 1, Nr. 8369 und 11021.

Proben werden bereitwilligst verabfolgt!



Die gediegenste beste Ausbildung im
Zuschnitt der gesamten

Damen- oder Herrengarderobe,

nach praktisch erprobtem System, mit den
neuesten fachtechnischen Erfahrungen,
bekommen Sie an der

Ersten deutschen

Zuschneider-Vereins-Schule

MÜNCHEN Maffelstr. 9.

Telefon 21 083.

Hervorragende Stellenvermittlung.

Prospekte gratis.

Moden-Akademie

der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland und Westfalen.
Zuschneide-Lehranstalt I. Ranges

Prämiiert Krefeld 1911

Verlag der „Praktischen Fachwissenschaft“.

Ausbildung von Zuschneidern, Direktrinnen und Kürschnern.
Vollständige Ausbildung zur Ablegung der Meisterprüfung. Neue
Lehrbuchausgaben im Damen- und Herrenfach. Hauptkurse be-
ginnen am 1. und 15. jeden Monats. Abendkurse täglich. Stete
Nachfrage nach Direktrinnen und Zuschneidern. Illustrierter Pros-
pekt durch die Geschäftsstelle

Köln a. Rh., Neumarkt 27-29, Ecke
Thieboldsgasse
Telephon B 5854.

Neue Lust und Liebe

zum Beruf weckt das von ersten Fachautoren empfohlene Buch zum
Selbstunterricht über den praktischen Zuschnitt und Bearbeitung der
gesamten englischen und französischen Damengarderobe mit über
125 Zeichnungen und ausführlichen Text, für 4.80 Mark. Zu be-
ziehen von der Modenakademie Rückert, Nürnberg 3, Bini.
Bahnhof 34. :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: :: ::

Dürkopp

Räder sind leicht,
schnell, haltbar.
Nähmaschinen
für gewerbliche
Zwecke.

Dürkopp & Co., A.-G. Bielefeld.

C.W. Schön & Co. Barmen
Sämtliche Artikel für Herren-Schneiderei.

Zuschneide-Lehr-Institut

für H. Herren- und Damen-Moden

Inh.: Augustin Wintler,

Breslau, Obblauerstraße 84², Eingang Saubrad.

Am 1. und 15. jeden Monats beginnen neue

Tages- u. Abendkurse

Gewissenhafte und gewissenhafteste Ausbildung. — Gelegener theoretisch
und praktischer Unterricht. — in Referenzen. — Prospekt neuester
Ausgabe zwecks zünder Orientierung gratis und franko.

Ähnlichen Zweigen der Herren-

Wahrung! Kollegen!

Selten günstige Gelegenheit bietet
sich durch Selbstunterricht zur gründ-
lichen Ausbildung im Zuschneiden von
Damen- u. Herrengarderoben nach ein-
fachem System der Gegenwart. Dieses
System, nach welchem ich mit bestem
Erfolge praktisch arbeite, ist jedem vor-
wärtstrebenden Kollegen bestens em-
pfehlen. Jeder auch für den Selbst-
unterricht hat 10 Mk. nur 1,75 Mk.
Nachnahme 35 Bfg. H. Orth, Zu-
schneider, Berlin, Evinenlinderstr. 122.

60-70% Verdienst

durch den Verkauf von 1a

Dauer-Wäsche

Muster und Preisliste gratis und franko.

Hann. Dauer-Wäsche-Industrie
Hannover — Hagenstr. 5 pt.

Schneider

die in der Lage sein wollen, für den steten Wechsel
der Mode tadellos passende vollendete Schnittmuster
zu entwickeln, finden eine vorzügliche fachmännische
Ausbildung unter erfahrenen Lehrern an der

Süddeutschen Bekleidungs-Akademie

Tübingerstr. 92

Stuttgart
Telefon 1969.

Gegründet 1882

Als erstklassige Fachlehranstalt überall bekannt. Für alle Körperhaltungen
gleich gute Erfolge garantiert. Leicht erlernbares, an Sicherheit unbüroffenes
System, ein Triumph für die moderne Schneiderei.

Verlag der reichhaltigen, gediegenen Fachzeitung „REFORM“. Erfolg-
reiches Placment von Zuschneidern kostenlos. Beginn neuer Kurse am 1. und
8. jeden Monats. Rechtzeitige Anmeldung notwendig.

Schnittmuster-Versand.

Prospekte gratis.

Direktion J. Lehner.

Berliner, Gegr. 1871. Mehrere Auszeichnungen für feine
Zuschneide-
von RUDOLF MAURER
BERLIN W. FRIEDRICHSTR. 65²
FACHLEHRANSTALT I. RANGES für Herren-
Damen- und Wäsche-Schneiderei
VERBO von LEHRBÜCHERN für
Herren- und Damenschneider
Meine Zeichnungen
Prospekte
gratis.

Gross-Vertrieb
an
Berlin